

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Postzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Unternehmertum und Lohnproblem

Gedanken eines Unternehmers

Auf der Tagung des Görresringes (Vereinigung katholischer Akademiker), die am 19. Oktober 1927 in Werden-Ruhr stattfand, hielt der Fabrikant Dr. Peter Wilh. Gaurand über Lohn einen Vortrag, der sich in tiefgründiger Weise mit dem sozialen Problem, vor allem auch mit dem Lohnproblem, befaßte, leider aber in der Öffentlichkeit wenig bekannt geworden ist. Wir geben daraus die folgenden Gedanken wieder:

I.

Der Unternehmer ist der eine der beiden aktiven Faktoren des Wirtschaftslebens, welche zusammen das Produkt der wirtschaftlichen Arbeit hervorbringen. Er ist der Besitzer der Produktionsmittel; er ist der Leiter des Produktions- und Wirtschaftsprozesses; er allein trägt das ganze Wagnis des erstrebten wirtschaftlichen Zieles; das mit dem anderen aktiven Faktor, dem Arbeiter, gemeinsam verarbeitete Produkt geht ganz in seinen Besitz über. Der Unternehmer hat im Wirtschaftsleben die Subjektstellung inne. Der Unternehmer ist nicht mit dem Profitmacher identisch, der sich auch Unternehmer nennt.

Der Arbeiter ist der andere der beiden aktiven Faktoren, die gemeinsam das Produkt der wirtschaftlichen Arbeit hervorbringen. Er unterscheidet sich von dem einen Faktor, dem Unternehmer, dadurch, daß er keine Produktionsmittel außer seiner persönlichen Arbeitskraft besitzt. Diese persönliche Arbeitskraft wirft er täglich in den Produktionsprozeß hinein; sie wird vom Unternehmer gekauft und mit dem Gegenwert in Geld bezahlt, welcher zu ihrer täglichen Reproduktion (Wiederherstellung) notwendig ist. Die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß ist vornehmlich eine Objektstellung.

II.

Zimmer, sobald in einem Volk die Begriffe „Mein und Dein“ rechtliche Geltung bekommen haben, d. h., sobald ein Volk die Institution des rechtlich anerkannten und rechtlich geschützten Privateigentums besaß, begann auch sogleich der Differenzierungsprozeß, der die Menschen in Besitzende und Besitzlose scheidet.

Mit jeder neuen Kapitalfunktion steigert sich, weil eine ungleiche Teilung des erarbeiteten Wertes stattfindet, die Wirkung des Differenzierungsprozesses; zwar weniger dadurch, daß der Arbeiter noch ärmer wird, sondern dadurch, daß die Distanz zwischen seinem gleichbleibenden Besitz, besser gesagt, seiner gleichbleibenden Besitzlosigkeit, und dem wachsenden Besitz des Unternehmers immer größer wird. Mit dieser wirtschaftlichen Distanz wächst auch die soziale Kluft, die Besitzer und Besitzlose voneinander trennt, denn je größer die wirtschaftliche Macht des kapitalistischen Unternehmers, um so geringer ist für den Besitzlosen die Aussicht, diese wachsende Macht zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Der Besitzlose ist aber mit denselben menschlichen Bedürfnissen wie der Besitzende auf die Welt gekommen, und aus dieser Gleichheit der Bedürfnisse leitet er sein natürliches Recht auf gerechten Anteil an den Gütern dieser Erde ab, über die ihn der Schöpfer genau so als Herrn gesetzt hat, wie jeden anderen Menschen.

III.

Man sollte meinen, die soziale Frage wäre, soweit der Unternehmer an ihr beteiligt ist, gelöst, wenn er das gemeinsam mit dem Arbeiter erarbeitete Produkt nach dem strengen Verhältnis des Arbeitsanteils verteilte. Aber diese ideale Lösung ist unendlich schwer, wenn nicht in unserem Wirtschaftssystem unmöglich.

Denn auch für den Unternehmer bedeutet der Kapitalismus Segen und Fluch zugleich. Jeden Tag läuft er Gefahr, die Beute eines Stärkeren zu

werden; auch er kann leicht Opfer der letzten Konsequenz des Systems werden, die dann eintritt, wenn der Letzte noch vorhandene Konkurrent von dem letzten Stärkeren niederkonturriert worden ist.

Aber alles das zugegeben, es ist doch nicht so, daß der gegenwärtige furchtbare Zustand zwischen Unternehmer und Arbeiter so lange unverändert bestehenbleiben müßte, bis einmal in grauer Zukunft ein besseres Wirtschaftssystem eronnen sein würde. Kann man auch das gegenwärtige System vorläufig noch nicht durch ein besseres ersetzen, so ist der einsichtige, ehrliche Unternehmer dennoch sehr wohl in der Lage, die verderblichsten Wirkungen des Differenzierungsprozesses zu beseitigen. Und er muß das tun, ja, er ist geradezu gezwungen, es zu tun, nicht nur aus ethischen Gründen, sondern auch aus den Forderungen wirtschaftlicher Klugheit.

Ich verstehe es nicht, daß so viele deutsche Unternehmer auch nicht das elementarste Verständnis dafür aufbringen, daß es eine Forderung der direkten wirtschaftlichen Klugheit für sie ist, daß es sich geradezu bezahlt macht, die Lösung der sozialen Frage selbst in die Hand zu nehmen. Soweit die schädlichen Wirkungen des kapitalistischen Systems den Unternehmer angehen, sucht er ihnen durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Unternehmerorganisationen vorzubeugen. Soweit aber diese Wirkungen den Arbeiter betreffen, überläßt der Unternehmer die Lösung der sozialen Frage dem Staat und seinen Körperschaften.

Die wechselseitige Abhängigkeit beider Faktoren im Produktionsprozeß, ihre gemeinsame Abhängigkeit von der Kapitalfunktion, bestätigen es jeden Augenblick, daß Unternehmer und Arbeiter auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind, und daß alles, was sich fördernd und schädigend zwischen die notwendige Gemeinschaft schiebt, beseitigt werden müßte.

IV.

Der Hebel ist zuerst da anzusetzen, wo die dynamischen und statischen Kräfte des Kapitalismus also das Kapital und das Eigentumsrecht, zugunsten des Unternehmers und zuungunsten des Arbeiters wirken.

Die im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidliche ungleiche Teilung des gemeinsam erarbeiteten Wertes postuliert noch lange nicht, daß der Arbeiter nur mit dem nackten Existenzminimum beteiligt werden müßte.

Nach meiner Auffassung wird dem Arbeiter in seiner wirtschaftlichen Not nur dann wirksam und dauernd geholfen, wenn man den Entgelt für die Arbeitskraft, also den Lohn, so erhöht, daß er das Existenzminimum wesentlich überschreitet.

Das Maß für dieses Plus wird in den verschiedenen Unternehmen nicht einheitlich sein können. Ich könnte mir denken, daß, um eine ziffernmäßige Norm aufzustellen, die Minimal-Lohnhöhe als Existenzminimum angenommen, mit einer durchschnittlichen Erhöhung dieser Lohnhöhe um 10 Prozent begonnen werden müßte. Die Betonung liegt dabei auf dem Wörtchen begonnen.

Es kommt auf das genaue, einheitliche Maß vorerst nicht so sehr an.

Es ist schon viel gewonnen, wenn jeder Unternehmer von der Einsicht durchdrungen ist, daß er über das Existenzminimum des Arbeiters mit seinen Löhnen wesentlich hinausgehen muß.

Es ist alles gewonnen, wenn der Unternehmer einzieht, daß sich der höhere Lohn bezahlt macht.

Wie es sich bezahlt macht, wenn man den Arbeiter durch hohe Löhne an dem erarbeiteten Produkt teilnehmen läßt, das hat neben Ford die ganze nordamerikanische Industrie bewiesen, das beweist die blühende nordamerikanische Volkswirtschaft jeden Tag.

V.

Hohe Löhne machen sich allerdings erst dann bezahlt, wenn mit ihnen eine entsprechende Arbeitsleistung Hand in Hand geht. Auch Ford hat die hohen und immer wachsenden Löhne nur deshalb ohne Schaden, ja sogar mit glänzendem Erfolge zahlen können, weil seine Arbeiter in der gleichen Arbeitszeit wie früher entsprechend hohe und höhere Leistungen erzielten. Aber er selbst hat seinen Arbeitern auch den Weg zu den höheren Leistungen gezeigt... Er wußte etwas, und er konnte etwas...

Der Arbeiter, der nicht tagtäglich unter der drückendsten Nahrungsjorge steht, der im Gegenteil sich von seinem Lohn eine Rücklage bilden und daher die Hoffnung nähren kann, auch einmal auf eigenen Füßen zu stehen, auch einmal an der Subjektstellung des Menschen in der Schöpfung teilzunehmen, — der so für die tägliche Arbeit disponierte Arbeiter stört nicht allein durch seinen hohen Lohn die Kapitalfunktion nicht, im Gegenteil, durch die höheren Leistungen, die der Unternehmer von ihm verlangt, und die er nicht versagt, wird das Ergebnis der Kapitalfunktion gerade erst dann sich dem wirtschaftlichen Optimum am meisten nähern.

Der Unternehmer, der das alles nicht einzieht, der zu unfähig, zu denkfaul, zu bequem, zu träge ist, um auf diese Weise die soziale Frage aktiv mit lösen zu helfen, der darf sich nicht beklagen, wenn er als Schädling in der Volkswirtschaft angesehen und als solcher aus ihr entfernt wird.

Ist einmal die allgemeine Scheu des deutschen, und ich darf wohl hinzufügen, des europäischen Unternehmers vor hohen Löhnen überwunden, steht er endlich ein, daß sich die hohen Löhne nicht nur in Nordamerika, sondern auch in seinem eigenen Unternehmen bezahlt machen, vorausgesetzt, daß er selbst der Herr ist, der seine Wirtschaft ertragreich zu gestalten vermag, dann ist seitens des Unternehmers ein großer, sehr großer Schritt zur praktischen Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage geschehen.

VI.

Und dann wird es für ihn weniger schwer sein, noch ein Zweites zu tun; nicht auf halbem Wege stehenzubleiben, sondern auch gleich ganze Arbeit in der Beseitigung der wirtschaftlichen Not des Arbeiters zu machen, nämlich dafür zu sorgen, daß auch der Arbeiter Besitzer werde und sich nicht mehr als Proletarier, d. h. als vollkommenen Besitzlosen, zu betrachten habe.

Der Hebel muß auch an die statische Kraft des kapitalistischen Systems, an die Eigentumsordnung und das Eigentumsrecht, gesetzt werden.

Der Arbeiter muß eine eigene, wenn auch noch so kleine, noch so bescheidene Scholle unter die Fäße bekommen. Nicht mit einer Kleinaktie, sondern mit einem Stück Grund und Boden und einem eigenen Heim muß dem Arbeiter geholfen werden.

Auch das macht sich bezahlt.

Es läßt sich gar nicht ermessen, was es für den Arbeiter bedeutet, wenn er, der nur seine Arbeitskraft und sonst nichts sein eigen nennt, von der großen, weiten Erde, die doch allen Menschen gehören soll, auch ein kleines Stück mit bekommt, so daß auch er nicht mehr nur Diener anderen in der Schöpfung ist, sondern auch sich nach natürlichem Recht als Herr in der Schöpfung, wenn auch auf noch so bescheidenem Territorium, betrachten darf.

Durch eine solche Fürsorge wird der stärkste Pfeiler des Klassenkampfes gestürzt. An die Stelle des Entrechteten tritt der im Boden des Vaterlandes Wurzel fassende Bürger; an die Stelle des heimtlichen Proletariats der jetzige Arbeiter, der ein eigenes Heim zu erarbeiten, zu erhalten

und im Notfall zu verteidigen hat. In diesem Heim wird der kommunistische Agitator keinen Platz mehr finden, denn die wirtschaftliche Ungleichheit, die für alle kommunistische Zerfetzungsarbeit die Voraussetzung ist, ist dann beseitigt, und der erste Schritt zu einer gerechten, vernünftigen, naturgemäßen Verteilung der irdischen Güter ist getan. Der Arbeiter wird wieder lebens- und hoffnungsfroh; er fühlt sich wieder Mitglied seiner Volksgemeinschaft, der er bis dahin fremd, ja, feindselig gegenüberstand.

VII.

Bis jetzt habe ich nur von der wirtschaftlichen Klugheit gesprochen, die den Unternehmer veranlassen müßte, in der geschuldeten Weise an der Lösung der sozialen Frage aktiv mitzuwirken. Das echte Kind des Kapitalismus wird nur von der Erwerbsidee, nicht aber von ethischen „Sentimentalitäten“ bewegt. Von ethischen Motiven lassen sich auch die nordamerikanischen Unternehmer nicht leiten.

Der Unternehmer dagegen, dem nicht nur die schädliche Geschäftsmoral höchste Richtschnur seines Handelns ist, und vollends der echt christliche Unternehmer, wird dagegen den ethischen Motiven immer den ersten Rang unter den Antriebskräften seines Tuns und Lassens einräumen, und zwar auch im Produktionsprozeß, auch bei der Kapitalfunktion, auch bei seiner Mitwirkung an der Lösung der sozialen Frage. Für diesen Unternehmer ist der Arbeiter nicht nur der eine der beiden Faktoren im Wirtschaftsprozess, nicht nur eine rein geschäftliche Größe, sondern für ihn ist der Arbeiter auch der Nächste, der bei aller Besitzlosigkeit einen Anteil an der großen, gewichtigen, sozialen Hypothek besitzt, die auf allem Besitze lastet.

Eine Eigentumsordnung, die es rechtlich möglich macht, daß die Güter dieser Erde sich in den Händen weniger aufhäufen, und daß dem gewaltigen Reichtum in den Händen weniger die bitterste Armut großer Massen gegenübersteht, kann niemals eine gottgewollte Eigentumsordnung sein.

Soll das Gerechtigkeitsprinzip, das für das individualistische Wirtschaftssystem, wenigstens in der Theorie, das höchste ist, auch für den wirtschaftlich Schwächeren Geltung haben, dann müssen die Hauptkräfte dieses Systems, das Kapital und das Eigentumsrecht, auch für den Arbeiter, den Proletarier, in wohlthätige Kräfte verwandelt werden.

Ist einmal dieser notwendige, praktisch wichtigere Weg zurückgelegt, dann ist auch das Eis gebrochen für den anderen, schwierigeren Weg, der die Beseitigung der jeelischen Not des Proletariats zum Ziele hat.

Baukosten in Deutschland und in den Vereinigten Staaten

Von Dr. Hermann Dufft

Wir entnehmen diesen Aufsatz des ausgezeichneten Amerikaners dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ Nr. 3 vom 1. Februar 1928. Die Schriftleitung.

Das amerikanische Arbeitsministerium veröffentlichte soeben die durchschnittlichen Preise für die Herstellung von Wohnungen für eine Familie in den wichtigsten Städten der Vereinigten Staaten. Der Begriff einer Familienwohnung wird nicht näher bestimmt, wohl aus dem Grunde, weil seine wirkliche Bedeutung in den verschiedenen Zonen und Städten je nach Klima und den verschiedenen Ansprüchen der Bevölkerung schwankt. Immerhin ist es sicher, daß es sich nicht um Minimalansprüche, sondern um Durchschnittsansprüche handelt, und diese sind in den Vereinigten Staaten nicht niedrig, jedenfalls nicht in dem nördlichen Teil. Dem entspricht auch die Tatsache, daß nach der Statistik, welche zwischen Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern unterscheidet, die Kosten für Einfamilienhäuser — wohlgemerkt in den Großstädten — nicht sehr wesentlich höher liegen, als die für Wohnungen in Zweifamilien- oder Mehrfamilienhäusern; in Newyork stellen sich beispielsweise die Kosten für ein Einfamilienhaus (6184 Dollar) um 42 Prozent höher als die Kosten einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus (4300 Dollar). Man darf annehmen, daß die durchschnittliche Wohnung fünf Haupträume einschließlich Küche, also vier Zimmer hat; dazu treten bei amerikanischen Wohnungen immer noch reichliche Nebenräume (Toilette mit Bad, eingebaute Schränke usw.). Die Einrichtung von Zentralheizung (bei Ein- und Zweifamilienhäusern für jede Familie getrennt), die Ausstattung der Küche mit Eisschrank und Spülanlagen und Küchenschränken wird wohl überall als selbstverständlich betrachtet.

Dann stellen sich die Kosten pro Zimmer ausgedrückt in Rm.:

	Rein Zweifamilienhaus	Rein Mehrfamilienhaus
St. Louis	3500 Rm.	2670 Rm.
San Franzisko	3960 "	2860 "
Philadelphia	4280 "	4070 "
Newyork	5270 "	4540 "
Chicago	6710 "	5530 "

Diese Zahlen beziehen sich auf die ersten sechs Monate von 1927 und stellen die bisher erreichten Höchstpreise dar, da der Arbeitskostenfaktor in den Baukosten während der letzten Jahre langsam aber stetig gestiegen ist.

Chicago ist überhaupt die teuerste, St. Louis nicht die billigste der Großstädte; doch geben die angeführten Beispiele einen ungefähren Überblick über die

Gesamtverhältnisse. Bei den Unterschieden in den Kosten darf auch die verschiedene Qualität der Wohnungen nicht vergessen werden.

Verglichen mit deutschen Baukosten, für welche nun allerdings keine umfassenden Erhebungen für das ganze Reich vorliegen, sind die Preise pro Zimmer in Amerika wohl zweifellos höher. Dies ist selbstverständlich, da die Erzeugung der menschlichen Arbeit durch die Maschine sowohl in der Herstellung der Baumaterialien, wie in der Ausführung der Bauarbeit selbst ziemlich bald ihre Grenze findet: man kann eine Mauer nicht durch Maschinen auführen lassen (dies gilt auch für Betonpfeiler, Decken, Kellerwände), noch auch kann der Zimmermann oder der Klempner oder der elektrische Installateur durch die elektrische Maschine ersetzt werden. Der Durchschnittslohn im ganzen Baugewerbe, das allerdings besonders hohe Löhne aufweist, (weil hier die Arbeiterschaft ausgezeichnet organisiert ist), betrug im Mai 1927 für die Stunde 1,323 Dollar = 5,30 Rm.; der Durchschnittslohn der deutschen Bauarbeiter stand April 1927 auf 1,19 Rm. die Stunde. Der amerikanische Bauarbeiter war also durchschnittlich 4,6 mal so gut bezahlt als der deutsche.

Vergleicht man also die Kosten einer neugebauten Wohnung in Newyork (also einer Weltstadt mit sechs Millionen Einwohnern, und wenn man die New Jersey-Seite des Hudson hinzunimmt, mit acht Millionen Einwohnern) mit den Baukosten bei uns, dürfte sich wohl ergeben, daß sie pro Raum nur etwa doppelt so hoch sind als in Berlin, trotz 4,6mal so hoher Löhne. Wir fragen also: Wie kommt es, daß die Wohnungen in Amerika offenbar relativ billig im Vergleich zu Deutschland hergestellt werden können? Wir wollen die Frage nicht beantworten, sondern sie nur stellen.

Aber zur Antwort wollen wir wenigstens noch die Preise für das wichtigste Baumaterial des großstädtischen Hauses, nämlich den Ziegel, mitteilen. 1000 gewöhnliche Ziegelsteine kosten in den Vereinigten Staaten durchschnittlich 11,72 Dollar, in besonderer Ausführung (für die Front des Hauses) 18,32 Dollar.

Etwas zum Nachdenken

In einer Stadt am Niederrhein wurde vor einigen Tagen der Proturist eines Unternehmens verhaftet. Die Firma beschäftigt ungefähr 300 Arbeiter und Angestellte. Der Proturist hat während der letzten zwei Jahre rund 200 000 Rm. veruntreut.

Seit Jahr und Tag erklärt die Industrie bei jeder Lohnverhandlung, daß die Betriebe ohne Gewinn, ja, sogar mit Verlust arbeiteten.

Wie groß muß wohl der Uberschuß sein, welcher erzielt wird, wenn es möglich ist, daß derartige Riesensummen unterschlagen werden können, ohne daß ein Unternehmen, welches doch noch als klein bezeichnet werden muß, zusammenbricht!

Die Entstehung des Handwerks

Von Dr. E. Wolff

I.

Die Entstehung des Handwerks ist nicht nur eines der interessantesten, sondern auch zugleich eines der wichtigsten Kapitel in der Geschichte der menschlichen Arbeits- und Wirtschaftsweise, und zwar insofern, als durch sie die gewerbliche Arbeit zum ersten Male aus den Fesseln viktorianischer Unfreiheit, ja Ber-

wollen, so müssen wir uns zunächst mit den der Entstehung des Handwerks zuvorgehenden Formen der Arbeits- und Wirtschaftsweise befassen. Die Wirtschaftsstufe des Handwerks repräsentiert selbst in ihrer ersten und noch niedrigsten Form doch schon eine verhältnismäßig hohe Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, deren wesentliches Charakteristikum ist, daß der Produzent, also der Handwerker, nicht für den eigenen Bedarf, sondern für den Markt, und zwar für den lokalen Markt, produziert, auf dem die Erzeugnisse durch Kauf und Verkauf an die wirklichen

Der Gebrauch der einzelnen Familie, die sämtliche für ihren Gebrauch notwendigen Gegenstände selbst erzeugt. Wie bereits erwähnt, hat sich diese Arbeits- und Wirtschaftsweise, obwohl sie eine sehr niedrige Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, selbst in den vorgezeichneten Kulturländern zum Teil noch erhalten. Die Wirtschaftsweise der Bukowinaer Bauern beispielsweise gibt noch heute ein ziemlich getreues Bild dieser als Hauswerk bezeichneten Arbeitsform. Der Bukowinaer Dorfbewohner besorgt sich seine Lebensbedürfnisse, wie der Volkswirtschaftslehrer Romsdorfer schildert, alle selbst. Er baut sich sein Haus selbst, indem er sowohl die Arbeit des Maurers als auch die des Zimmermanns und des Dachdeckers verrichtet, während sein Weib das Bemörteln der Wände, das Stampfen oder Belegen des Fußbodens und noch verschiedene sonstige Arbeiten am Hausbau ausführt. Für seine ferneren Bedürfnisse versteht er das Ehepaar sowohl den Anbau der Gespinnstpflanzen, die Auszucht des Schafes, die Anfertigung der Bett- und Kleidungsstücke aus Wolle, Leinen, Pelzwerk, Leder, Filz und Strohgeflecht und erzeugt selbst die Farbstoffe aus den eigens zu diesem Zweck gezogenen Pflanzen, wie es auch die einfachen Handwerkszeuge, die Ackerwerkzeuge und die verschiedenen Geräte für Wirtschaft und Küche herstellt, deren es bedarf. Diese Form der Arbeits- und Wirtschaftsweise erklärt sich durch die niedrige Lebensweise und durch die geringe technische Entwicklung der Arbeit. Die Lebensweise ist eine noch äußerst niedrige, die Zahl der Gebrauchsgegenstände für Wirtschaft und Haushalt ist eine verhältnismäßig sehr geringe, und diese wenigen Gegenstände selbst sind noch von denkbar einfacher, ja primitiver Form, erfordern also weder viel noch schwierige Arbeit zu ihrer Herstellung. Diese wenigen und geringen Bedürfnisse können sehr wohl durch die Arbeitskraft eines einzigen befriedigt werden, wie wir es an dem Bukowinaer Bauern sehen. Auch in anderen Ländern, auch in Deutschland, hat sich die Arbeitsweise des Hauswerks, wenn freilich auch nicht mehr in so ausgeprägtem Maße, auf dem Lande erhalten. Die Familie des Bauern besorgt zahlreiche Arbeiten selbst, die die städtische Familie durch Handwerker ausführen läßt: für viele Arbeiten ist der Bauer noch heutzutage sein eigener Tischler, Schneider und Schmied, und das Brot wird in vielen ländlichen Familien noch heute selbst gebacken.

(Fortsetzung folgt.)



Abb. 1. Handwerker im alten Ägypten.

achtung und Achtung erlöst und zur vollgültigen und vollberechtigten Form der menschlich-gesellschaftlichen Betätigung gelangt wurde. Die Entstehung des Handwerks, das heißt der auf der gesellschaftlichen Freiheit und wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Arbeiters beruhenden Form der gewerblichen Arbeit bedeutete den Sieg der freien Arbeit über die auf Sklaverei oder Leibeigenschaft beruhende Arbeits- und Wirtschaftsweise der Staaten des Altertums. In diesem Sinne bedeutete die Entstehung des Handwerks einen Wendepunkt nicht nur der Wirtschaft, sondern überhaupt der allgemeinen Kultur- und Zivilisationsentwicklung der Menschheit, bedeutete sie im besonderen den ersten Anfang der modernen bürgerlichen Wirtschaftsordnung, der für deren spätere großartige technische wie soziale Entwicklung grundlegend war.

Wenn wir die Entstehung des Handwerks als einen Akt der wirtschaftlichen Entwicklung erklären

Gebraucher gelangen. Wir wissen jedoch, daß auf einer früheren bzw. niedrigeren Stufe der wirtschaftlichen, sozialen und allgemeinen Kultur- und Zivilisationsentwicklung der Menschheit, bedingt durch die ebenfalls noch niedrige Stufe der technischen Entwicklung, die Gebraucher sämtliche für ihren Bedarf notwendigen Arbeiten selbst verrichteten und sämtliche Gebrauchsgegenstände, seien es landwirtschaftliche, seien es mehr gewerbliche oder industrielle Erzeugnisse, selbst erzeugten. Wir finden diese Wirtschaftsstufe bei allen Kulturvölkern des Altertums als die bestehende Form der Arbeitsweise, finden sie heute noch bei vielen Naturvölkern und wissen, daß sie selbst in den modernen Kulturländern noch nicht ausgestorben ist, sondern sich in gewisser Form, namentlich auf dem Lande, teilweise bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die moderne Volkswirtschaftslehre hat diese Form der Arbeitsweise im Gegensatz zum Handwerk als Hauswerk bezeichnet.

Wenn die Firma während der Zeit, in der die Unterschlagungen vorgekommen sind, mit Verlust gearbeitet hätte, so würde es dem „ungetreuen Betrachter“ nicht möglich gewesen sein, zwei Jahre lang sein Handwerk zu treiben. Der Firmeninhaber hätte bestimmt nichts unversucht gelassen, den Grund der Unrentabilität zu finden. Es muß also neben dem verschwundenen Geld noch ein nettes Sümmchen verdient worden sein.

Die Aufgabe des vorgenannten Procuristen bestand unter anderem auch darin, die Wünsche der Arbeiterschaft entgegenzunehmen. Wenn die Erfüllung dieser Wünsche der Firma auch nur einige Mark kostete, so kam doch aus tiefstem Herzen dieses „würdigen“ Mannes das schon so oft gehörte Wort „untragbar“.

Von der Arbeiterschaft und ihren Führern wird immer Verständnis für die Not der Wirtschaft verlangt. Ein Sturm der Entrüstung geht durch das Arbeitgeberlager, wenn es einmal ein Arbeiter wagt, an der Unrentabilität der Betriebe zu zweifeln.

Das vorstehende Beispiel ist nur eines von vielen. Es trägt dazu bei, das Mißtrauen, welches die Arbeiterschaft in Punkto Wahrhaftigkeit gegenüber dem Arbeitgeberum hegt, noch zu vergrößern.

In derselben Stadt am Niederrhein mußte unlängst eine Arbeitergruppe um eine Lohnerhöhung streifen. Der Durchschnittslohn eines Hilfsarbeiters in dieser Gruppe beträgt 36,50 Rm. pro Woche. In diesem Kampfe hat der Syndikus des betreffenden Arbeitgeberverbandes Hervorragendes, im Sinne der Arbeitgeber natürlich, geleistet.

Inzwischen erfährt man, daß derselbe ein Monatsentkommen von 2300 Rm. hat.

Der Arbeitgeberverband weiß also die Arbeit seines Syndikus zu schätzen und wird sich auch keine Vorschriften machen lassen über die Gehaltshöhe. Man kann auch dem Syndikus dieses Einkommen, welches immerhin 15mal so hoch ist wie das des Hilfsarbeiters der Gruppe, welche er vertritt, gönnen.

Nur eine Frage soll gestellt werden: Welche Gefühle mögen den Mann wohl bewegen, wenn er bei Lohnverhandlungen die Forderung der Arbeiter bekämpfen muß, der Leute, welche nur ein Fünftel dessen verdient, was er verdient?

Allgemeine Rundschau

Die soziale Herkunft der Studierenden

Nach der amtlichen preussischen Hochschulstatistik studierten im Winterhalbjahr 1926/27 auf den 12 Universitäten Preußens 30 004 Studenten und 4544 Studentinnen deutscher Staatsangehörigkeit. Von diesen stammen prozentual die meisten aus Beamtenfamilien, nämlich über zwei Fünftel der männlichen (13 053) und über drei Fünftel der weiblichen (2953) Studierenden. Handel- und Gewerbetreibende stellten 7765 Studenten und 1061 Studentinnen, die Privatangestellten 3555 Studenten und 439 Studentinnen, die freien Berufe 2326 Studenten und 520 Studentinnen, die Landwirte 2134 Studenten und 140 Studentinnen, die Arbeiter 549 Studenten und 28 Studentinnen, die Militärpersonen 433 Studenten und 81 Studentinnen.

Diese Zahlen rücken erst in das volle Licht der Statistik, wenn man die Verhältniszahlen der Bevölkerungsgruppen danebensetzt. Von den 62 411 000 Einwohnern Deutschlands sind 32 Millionen = 51,3 v. H. erwerbstätig. Von den Erwerbstätigen sind rund 2,5 Millionen Beamte, 2 983 312 Handel- und Gewerbetreibende, 3 834 430 Privatangestellte, 2 202 861 Landwirte, 16 704 012 Arbeiter und 100 000 Militärpersonen.

Da eine Statistik nur von den preussischen Hochschulen vorhanden ist, können wir auch nur diese zum Vergleich heranziehen. Es liegen also an preussischen Hochschulen studieren: etwa 2,5 Millionen Beamte 16 006 Söhne und Töchter; etwa 2,9 Millionen Handel- und Gewerbetreibende 8321 Söhne und Töchter; etwa 3,8 Millionen Privatangestellte 3994 Söhne und Töchter; etwa 2,2 Millionen Landwirte 2274 Söhne und Töchter; etwa 16,7 Millionen Arbeiter 577 Söhne und Töchter; etwa 0,1 Millionen Militärpersonen 314 Söhne und Töchter. Das heißt, es entfallen je einen Studierenden 156 Beamte, 329 Handel- und Gewerbetreibende, 946 Privatangestellte, 968 Landwirte, 29 123 Arbeiter, 192 Militärpersonen.

„Freie Bahn dem Tüchtigen!“ hieß es ja mal wohl im Kriege. Sind die Arbeiterkinder wirklich so untüchtig?

Die Gewerkschaften zum Gefrierfleischkontingent

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe über das Gefrierfleischkontingent gerichtet. Durch eine Veröffentlichung des Enquete-Ausschusses waren erhebliche Mißstände in der Gefrierfleischversorgung festgestellt worden. Der Ausschuss hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrzollens vorge schlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die festgestellten Mißstände zu beseitigen. Den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen scheint es überflüssig und im Interesse der minderbemittelten Volksschichten zurzeit sogar schädlich, das bisherige und nunmehr verbesserte System durch einen allgemeinen Gefrierfleischzoll zu ersetzen. Von einer Systemänderung darf im Augen-

Um 25. Februar 1928 ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

blid um so eher abgesehen werden, als einerseits die Untersuchungen des Enquete-Ausschusses noch nicht beendet sind, andererseits in absehbarer Zeit der neue Zollltarif aufzustellen ist und bei dieser Gelegenheit zweifellos die Gefrierfleischfrage erneut zur Verhandlung stehen wird.

Das Steueraufkommen

Im Steuerjahr 1927/28 erbrachten die ersten neun Monate April bis Dezember 6337 Millionen Rm. Da der Voranschlag für das ganze Jahr mit 7750 Millionen Rm. angelegt war, so sind drei Viertel des Haushaltsolls um 525 Millionen Rm. überschritten. Im einzelnen betrug das Lohnsteueraufkommen 1018 Millionen gegen 829 Millionen Rm. in der gleichen Zeit des Vorjahres, das Umsatzsteueraufkommen infolge der Ermäßigung 613 gegen 640 Millionen Rm., die Automobilsteuern 121 Millionen gegen 78 Millionen Rm., Lotteriesteuer 35 Millionen gegen 26 Millionen Rm., die Wechselsteuer 35 Millionen gegen 26 Millionen Rm., die Biersteuer 278 gegen 203 Millionen Rm., die Tabaksteuer 488 gegen 375 Millionen Rm. usw.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Allenstein. In den letzten Tagen hielten unsere Ortsgruppen ihre Generalversammlungen unter reger Beteiligung der Mitglieder ab. Aus dem Jahresbericht des Kollegen P a p l e ist hervorzuheben: Auch im Jahre 1927 haben die Bauarbeiter in Allenstein, gelernte wie ungelernete, bis in den Mai hinein warten müssen, um in Arbeit zu kommen. Im Monat Juli v. J. schien es, als wenn eine gute Baukonjunktur einsetzen wollte, aber diese Hoffnung wurde durch die Zurückziehung des geplanten Wohnungsbauprogramms zunichte gemacht. Unseren Stadtvätern macht die Not der Wohnungslosen anscheinend wenig Sorge. Die sozialpolitische Gesetzgebung machte gute Fortschritte durch das Arbeitsgerichtsgesetz und Arbeitszeitverordnung. Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist an sich zweifellos ein großer Fortschritt, nur erfolgt seine Durchführung hier durch die Arbeitsämter in einem außerordentlich unsozialen Geiste. Die Gewerkschaften werden nicht ruhen, bis die Uebelstände beseitigt sind. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Zahl der Erwerbslosen wächst in Deutschland wieder ins Ungeheuerliche. Fast 1 1/2 Millionen Arbeitslose sind jetzt vorhanden. Auch in Allenstein ist die Zahl der Erwerbslosen ungemein groß. Die Arbeitslosigkeit kann aber in den Gebieten Ostpreußens, da hier jede Industrie fehlt, nur mit großer Bautätigkeit bekämpft werden. Wir erwarten daher von den Gemeinden, Staat und Reich ein weitreichendes Wohnungsbauprogramm. Es muß etwas Durchschlagendes getan werden, um eine größere Wohnungsneubautätigkeit in Gang zu bringen. Es wird Aufgabe der städtischen Körperschaften sein, hierzu Mittel und Wege zu finden. Wenn andere Städte wie Tilsit, Elbing, Marienburg usw. dies können, muß es auch in Allenstein möglich sein. Wollen wir, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, dann müssen wir das wichtigste Schlüsselgewerbe, und das ist das Baugewerbe, zu beleben suchen. Hat das Baugewerbe Beschäftigung, dann wirkt sich das günstig auf den gesamten Arbeitsmarkt aus.“

Köln. Die Verordnung über die Wartezeit für Saisonarbeiter vom 2. 12. 1927 hat die Bauarbeiter böß enttäuscht. Wir glaubten, daß das neue Gesetz die frühere ausnahmegesetzliche Behandlung der Bauarbeiter beseitigen würde. Nun ist's in manchem gar noch schlechter geworden.

Nach § 110 des Gesetzes muß der Arbeitslose, falls er wieder länger als 6 Wochen gearbeitet hat, erneut die Wartezeit durchmachen. Bei dem starken Arbeitswechsel im Baugewerbe kann es vorkommen, daß ein Bauarbeiter, der im Jahre drei- bis viermal zwei bis drei Wochen arbeitslos wird, aber jedesmal dazwischen mehr als 6 Wochen arbeitet, überhaupt keine Unterstützung bekommt. Zur Beitragszahlung wird er verpflichtet, aber das Recht auf die ihm zustehende Unterstützung wird ihm durch die Verordnung genommen. Das kann nicht der Wille des Gesetzgebers gewesen sein.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung kann auf Antrag der Verwaltungsansicht des Landesarbeitsamtes für die Bauarbeiter in denjenigen Bezirken, in denen früher die Möglichkeit bestand, Erstarbeit zu übernehmen, die Wartezeit bis auf eine Woche verkürzt werden. Zu den Anträgen auf Herabsetzung der Wartezeit wird das betreffende Arbeitsamt gehört. Dabei macht man auch recht merkwürdige Erfahrungen.

Für die Arbeitsnachweisbezirke Köln-Stadt, Köln-Land, Mülheim-Land und Berg Gladbach wurden die Anträge in der Sitzung des Verwaltungsansichtsausschusses des Landesarbeitsamtes am 19. 12. 1927 prompt erledigt: Kürzung der Wartezeit auf eine Woche. Für den Kreis Bergheim a. d. Erft dagegen konnte man sich nicht dazu entschließen, trotzdem dieser Kreis das Herz der Braunkohlengewinnung ist und sonstige große industrielle Betriebe vorhanden sind, in denen früher sämtliche Bauarbeiter im Winter Arbeit fanden, sogar mit Vorliebe eingestellt wurden. Erst im Januar entschloß man sich auf Drängen unserer Organisation, für einige Bürgermeistereien die Wartezeit auf eine Woche

herabzusetzen. Die willkürliche Behandlung der Anträge geht daraus hervor, daß man für die Bürgermeisterei Heppendorf, die zu 80 Prozent Industriebevölkerung hat und geographisch zwischen den Bürgermeistereien liegt, für die die Wartezeit herabgesetzt wurde, die lange Wartezeit beibehielt. Im Kreise Gutsirchen hat man die Wartezeit für ungelernete Arbeiter des Baugewerbes auf eine Woche herabgesetzt, für gelernte nicht. Gutsirchen selbst und der Teil des Kreises, der ins Braunkohlengebiet hineinragt, ist Industriegebiet und bestand hier früher die Möglichkeit zur Annahme von Erstarbeit. Je nachdem, wie die Anträge von den Arbeitsämtern befürwortet werden, wird entschieden.

Was uns stark befremdet, ist, daß sämtliche von uns gestellten Anträge an das Landesarbeitsamt in Düsseldorf von diesem nicht beantwortete wurden. Anträge und Schriftsätze an die Arbeitsämter in unserem Verwaltungsstellenbezirk wurden entweder gar nicht beantwortet oder erst nach Wochen.

Ob dementsprechende Richtlinien vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt an die Unterinstanzen ergangen sind, ist uns unbekannt, doch wäre es sehr interessant, etwas Näheres darüber zu erfahren.

Die ungleichmäßige Behandlung der Bauarbeiter durch die Verordnung vom 2. Dezember 1927 und die ungleichmäßige Behandlung der Anträge durch die Verwaltungsinstanzen rufen unter der Bauarbeiterschaft große Erbitterung hervor. Aufgabe unserer Vertreter in diesen Instanzen muß es sein, dahin zu wirken, daß diese Ausnahmebestimmungen verschwinden oder doch erträglich gestaltet werden.

Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr. Am 19. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege F i e d m a n n, hielt einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Das vergangene Jahr war ein verhältnismäßig ruhiges; Streiks waren keine zu verzeichnen, da die Löhne von April bis September und von September bis März 1928 durch das Tarifamt festgesetzt wurden. Verschiedene Arbeitgeber versuchten es immer wieder, den Kollegen ihre tariflichen Rechte streitig zu machen. Wir mußten im vergangenen Jahr in 39 Schlichtungsitzungen, 5 Tarifamtsitzungen und 29 Klagen vor dem Arbeitsgericht die Rechte unserer Kollegen vertreten. All diese Fälle wurden bis auf einen zugunsten unserer Kollegen entschieden. Die Bautätigkeit war den Sommer hindurch eine gute, jedoch flaute sie im Früherbst zu stark ab. In der Agitation waren einige Kollegen recht rührig, und drückte der Vorsitzende hierüber seine Freude aus. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor als 1. Vorsitzender: Karl Wolski, als 2. Vorsitzender: August Larinowski, als 1. Kassierer: Emil Arndt, als 2. Kassierer: August Durbal, als 1. Schriftführer: Hans Vaible, als 2. Schriftführer: Willy Hübel.

Nach Erledigung der eigentlichen Tagesordnung gab der Kollege F r e h n i c h einen Bericht über die Tätigkeit im Bezirk sowie über die soziale Gesetzgebung im Jahre 1927. Er dankte dem alten Vorstand sowie den Vertrauensleuten für ihre bisherige Tätigkeit und drückte die Hoffnung aus, daß der neue Vorstand im alten Geiste an der Erhaltung des Verbandes arbeiten möge.

Aus Nordbavern. Auch in unserem Gebiete scheint man es darauf abgesehen zu haben, unsern Kollegen den letzten Glauben an die Gerechtigkeit in unseren sozialen Einrichtungen zu nehmen. Eine kleine Auslese: Der Besitzer eines großen Landgutes im Arbeitsamtsbereich Burglengenfeld (Oberpfalz), der vermutlich nicht gern anständige Löhne zahlt und infolgedessen keine Arbeiter erhalten kann, wendet sich, da er scheinbar den Kaufschulparagraphen 90 des A. B. G. gut studiert hat, an das Arbeitsamt um Zuweisung arbeitsloser Bauarbeiter. Das Arbeitsamt, vom schönsten Spartrieb befeelt, weist unter Androhung des Unterstützungsentzugs eine größere Anzahl Kollegen zwingend an, die angebotene Arbeitsstelle zu der angeblich landarbeiterartigen Entlohnung von wöchentlich 12,50 Mark, ohne sonstige Zuwendungen, anzutreten. Daraufhin erfolgte schriftliche und mündliche Beschwerden, daß zu diesem Mann schon etwa tariflichen Harverdienst noch eine Abgeltung für die im Landarbeiterartikelf vorgezeichneten Deputatleistungen zu treten habe. Darauf antwortete das Arbeitsamt gar nicht. Der Spruchauschuss, der wahrscheinlich den Winter schlaf hält, hat auch noch nicht entschieden. Daß nun natürlich unsere erwerbslosen Kollegen, vornehmlich die Familienväter, nicht allzu freudig die bisher bezogene Unterstützung von etwa 20—24 Mark gegen die schöne Entlohnung von sage und schreibe 12,50 Mark eintauschten, dürfte verständlich erscheinen. Aber trotz dieses vom gen. Arbeitsamt geübten Sparfinnes waren immer noch keine Geldmittel übrig, um den übriggebliebenen Erwerbslosen die Unterstützung fristgemäß zu zahlen. Arbeitslose Kollegen, denen man fünf und sechs Wochen lang keinerlei Unterstützung auszahlte, erhielten auf ihre Beschwerden hin von dem zuständigen Beamten den salomonischen Bescheid: „Geld schid mer euch vons, wenn ma amal vons haon.“ Es ist daher nicht zu verwundern, daß es erwerbslose Kollegen gegeben hat, die während der Weihnachtstage kein Geld und kein Brot hatten und auf die Mühseligkeit ihrer Nachbarn angewiesen waren. Später entschuldigte sich dieses Arbeitsamt damit, daß die Bezirkskasse schuld trage, aber auch diese Erklärung wegen eigener Kollage nichts tun zu können. Nun fragen sich unsere Kollegen mit Recht, wo sind die pünktlich vom Lohn einbehaltenen und wahrlich nicht geringen Beiträge geblieben?

Unpünktliche und sehr säumige Auszahlung nach fünf, sechs Wochen langem Warten wurde auch aus den Arbeitsämtern B o h e n r a u f (Ostf.) und A n s b a c h (Mittelranken) gemeldet. Im Bezirk des letzteren, und zwar in Herriden, entdeckte ein Mit-

Ienbesitzer einen zurzeit gerade erwerbslosen Unter-
stützung beziehenden Bauhilfsarbeiter. Da nun nicht
nur den Landwirten, sondern auch anderen gutsitui-
erten Leuten die Unterstützung beziehenden Bau-
arbeiter ein Dorn im Auge sind, verlangte der Herr
Mühlenbesitzer kurzerhand von diesem Kollegen: „Du
mußt bei meinem Schwiegersohn, der einen Mann
braucht, die Arbeit sofort aufnehmen. Du erhältst
1,50 Mark, eventuell auch 2,- Mark pro Tag.“ Da
aber der Kollege verheiratet und der gen. Schwieger-
sohn in dem mehrere Bahnstunden entfernten Nothen-
burg wohnt, lehnte er das Ansuchen ab, da der ge-
botene Lohn kaum zur Deckung der Selbstkosten, ge-
schweige zur Erhaltung einer Familie ausreichte. Über
den Mühlenbesitzer kennt auch den § 90 des URSG,
und zeigte den Kollegen einfach an. Da das Arbeits-
amt scheinbar diesem Herrn amtliche Befugnisse zwecks
Bemittlung billiger Arbeitskräfte eingeräumt hat,
wird (so schöne Einrichtung!) der Kollege wegen Ar-
beitsverweigerung mit 14 Tagen Unterstühtungsentzug
bestraft. Ob in dieser Sache der Spruchauschuss in-
zwischen dem Recht zum Siege verholfen hat, wissen
wir nicht.

Im allgemeinen läßt auch die Behandlung unserer
Erwerbslosen, zumal bei den genannten Arbeits-
ämtern, durch die Arbeitsamtsbeamten, sehr zu wün-
schen übrig. Schematisch wissen diese noch nicht, daß
sie von den Beitragspflichtigen der Arbeiter ihre Ge-
hälter beziehen.

Gern sei hier festgestellt, daß eine Reihe anderer
Arbeitsämter korrekt und gewissenhaft handelt.
Möchten sich die übrigen endlich ein Beispiel daran
nehmen.

Ortsgruppe Sodingen i. S. Unsere diesjährige
Jahres-Generalversammlung findet am 25. Febr.,
abends 7 Uhr, pünktlich beginnend, im Lokal Daeßing
statt. Der Mitgliederzahl entsprechend müssen 152
Kollegen zur Stelle sein und durch ihre Anwesen-
heit bekunden, daß sie treu zum Zentralverband
christl. Bauarbeiter stehen. Es ist schon einmal an
dieser Stelle darauf hingewiesen worden, welchen
nachhaltigen Eindruck gut besuchte Versammlungen
auf die Gegenseite machen. Immer wieder muß es
gesagt werden, besonders für die, die bisher in dieser
Beziehung lau waren. Die Krankenkassenwahlen sind
getätigt und an vielen Orten, so auch hier, für un-
sere Bewegung günstig ausgefallen. Nun gilt es, mit
den neugewählten Ausschuss- und Vorstandsmitglie-
dern zusammenzuarbeiten und ihnen Material an
die Hand zu geben, um etwaigen Mängeln sofort
nachgehen zu können. Dies kann nur in den Versam-
mlungen geschehen. Deshalb bitten wir alle Kollegen
dringend, zu der bevorstehenden Generalversammlung
vollständig und pünktlich zu erscheinen. Wir werden
versuchen, neben dem Kollegen Ortmanu auch den
Kollegen Koch, unsern Bezirksleiter, zur Teilnahme
zu gewinnen. Ich bin übrigens von der Notwendig-
keit gutbesuchter Versammlungen so überzeugt, daß
ich allen Ernstes vorschlage, daß jeder Kollege, der am
Jahresfest 12 Versammlungs-Kontrollheftchen in
seinem Buche aufzuweisen hat, eine kleine Prämie
bekommt. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß
die Frauen in die Versammlung mitgebracht wer-
den. Sie, die eigentlich das größte Interesse an der
Besserstellung ihrer Familie haben, und die in den
meisten Fällen die Verbandsbeiträge bezahlen müssen,
sie werden dort darüber aufgeklärt, was der Zusam-
menschluss ihrer Männer eigentlich bedeutet und was
die Organisation leistet und schon geleistet hat. Sie
werden dort erfahren, daß der Zentralverband christl.
Bauarbeiter noch viel mehr für ihre Familien tun
kann, wenn alle Bauarbeiter sich ihm anschließen.
Deshalb nochmals, alle Kollegen mit Frauen am
25. Februar nach Daeßing! J. M.

Winterrückmeldung im Kreise Wittgenstein. Im Kreise
Wittgenstein herrscht augenblicklich eine sehr rege
Verständigung. Während der Inflation hatten die
hierigen Bauarbeiter es nicht für notwendig gehalten,
den Verband die Treue zu bewahren. Dieses ist ihnen
aber sehr teuer zu stehen gekommen. So mußten sie
in den letzten Jahren in Verlebung zeitweise um
4 bis 2 Pf. pro Stunde billiger arbeiten, erhielten
außerdem keinerlei Urlaub, Auswärtszulagen usw.
Leider wird auch in unserem Gebiet das Gesetz
für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
sehr ungenügend ausgelegt.

Danz, abgesehen davon, daß hier die dreiwöchent-
liche Wartezeit noch besteht im Sinne des Art. 2 der
Verordnung vom 2. 12. 1927, wird der Bauarbeiter
(so in Girkhausen) nach einer gewissen Wartezeit ein-
mal der Fürsorgeverwaltung zum Holzstellen über-
wiesen. Da und für sich wäre diese Selbsttätigkeit zu
begünstigen, wenn nur die Arbeitsbedingungen erträg-
lich wären. Es besteht dort nämlich ein Tarif, der
zwischen dem sogenannten Betriebsrat und der Fürsorge-
verwaltung getätigt ist und einen Stundenlohn von
65 Pf. in der Spitze vorsieht, dann aber sich im 2
mit Abfordlungen befaßt. Unsere Kollegen hat man
an Durchsetzung gestellt, wo sie im Abend an
Bodenbahn von 10 bis 12 Mark kommen. Da man
ihnen den Stundenlohn, der doch bei allen Abford-
arbeiten garantiert sein mußte, verweigert, schaten
unsere Kollegen die Arbeit im Sinne des § 90 des
Gesetzes ab und stellen Antrag auf Wiedergewährung
der Unterstützung. Dieses wurde vom Vorsitzenden
des Arbeitsamtes Verköntig abgelehnt, da ein Tarif
besteht und auf Grund der Abfordrage 5.- Mark und
noch mehr pro Tag verdient werden könnten. Die Kol-
legen beschwerten dieses einmütig und erklärten sich
gerne bereit, weiterzuarbeiten, wenn der Stunden-
lohn garantiert würde, aber mit 10 bis 15 Mark pro
Woche sei es ihnen unmöglich, ihre meist kinderreichen
Familien zu ernähren.

Zu diesen Fragen nahm der Kollege Jung-
Siegen am 2. Februar in einer Versammlung in
Girkhausen Stellung, nachdem er vorher mit dem
Geschäftsführer des Arbeitsamtes Verlebung verhan-
delt hatte. Er erklärte den Kollegen genau das Gesetz
für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
unter anderem auch die Gründe, die nach § 90 zu
einer Arbeitsverweigerung berechtigen. Große Ent-
scheidung rief die Mitteilung hervor, daß der Geschäfts-
führer Weller vom Arbeitsamt erklärt habe, die Ar-
beitslosenunterstützung sei entschieden zu hoch für die
Maurer. Der Kollege Jung forderte die Anwesenden
auf, wieder im Verbandsmitzuarbeiten, damit diese
Zustände durch die Organisation abgeändert werden
könnten. Alle Anwesenden erklärten sofort ihren Bei-
tritt und versprachen Mitarbeit, da sie ohne Verband
nicht mehr auskommen könnten. Auch wurde sofort
der Vorstand gewählt.

Am 7. Januar sprach der Koll. Mergenthal-
Kemscheid in Girkhausen und leitete gute Vor-
arbeit zur Gründung der dortigen Ortsgruppe, die in
einer Versammlung am 31. Januar durch den Kol-
legen Jung vollzogen wurde. Ebenso gründete Kol-
lege Jung am selbigen Tage die Ortsgruppe Ober-
dorf und am andern Tage die Ortsgruppen in Die-
denhausen und Wunderthausen. Auch die
Kollegen aus den Nachbarorten ließen sich Aufnahme-
schein geben und baten um eine Versammlung, die
angekündigt wurde, wenn sie die bezahlten Aufnahmen
eingeschickt hätten.

In allen Versammlungen wurde mit Bedauern
festgestellt, daß für den Kreis Wittgenstein und Ope
die dreiwöchentliche Wartezeit noch besteht und der
Kollege Jung ermahnt, nicht eher zu ruhen, bis auch
für diese Bezirke die sieben-tägige Wartezeit bestände.

Zimmerer

Berlin. Unsere Zimmerergruppe hielt am 24. Ja-
nuar ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Vor-
sitzende, Kollege Berg, die zahlreich erschienenen Mit-
glieder begrüßt hatte, gab er einen kurzen Überblick
über die berufliche und gewerkschaftliche Bedeutung
der Zimmerergruppe. Der Lokalbeamte, Kollege
Weber, erstattete daraufhin den Geschäfts- und
Jahresbericht. Im allgemeinen können wir fest-
stellen, daß unsere Kollegen nicht allzustark von der
Erwerbslosigkeit betroffen wurden. Soll dies auch in
Zukunft der Fall sein, dann muß die Zusammenarbeit
der Poliere mit den Mitgliedern, sowie die Kollegialität
unter den Kollegen so wie bisher bestehen bleiben.
Auch mit den agitatorischen Erfolgen können wir zu-
frieden sein, hat sich doch die Gruppe um nahezu
25 Prozent vermehrt. Es bedarf auch hier wieder der
tätigsten Mitarbeit aller Kollegen, um die Aus-
breitung der Zimmerergruppe weiterzutreiben. Die
Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vor-
sitzender Johannes Berg, 2. Vorsitzender Amandus
Unglaube. Die Wahl des ersten Schriftführers wurde
zurückgestellt bis zur nächsten Versammlung. Zweiter
Schriftführer wurde Gerhard Schröder, Beisitzer Jo-
hann Smiderek. Die Monatsversammlungen finden in
Zukunft jeden dritten Dienstag im Monat im Ver-
einslokal „Stralauer Krug“, Stralauer Straße 53,
statt. Es soll jedem Mitglied ein Versammlungslokal-
kalender überreicht werden. Die feierlich eingeweihte
Begräbniskasse wurde aufgelöst. Der Kassenbestand
soll durch den Vorstand an die zurzeit arbeitslosen
Zimmerleute verteilt werden. Zum Schluss gab
Kollege Weber noch Aufklärung, warum vom Ver-
bande keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.
Schr.

Vorstand. Die Sektion der Zimmerer hielt
am 11. Februar 1928 ihre diesjährige Generalver-
sammlung im Vereinshaus St. Josef ab. Zum ersten Vor-
sitzenden wurde Karl Weber gewählt, zum zweiten Paul
Limpach, zum ersten Schriftführer Rob. Grietze, zum
zweiten Otto Sippit, als Beisitzer Heinrich Hohenkötter
und Theo Kiewerth jun., als Kartelldelegierter Paul
Kielowski, als Türkontrollleur Willy Böhm. Sodann
hielt Kollege Streicher einen Vortrag über Fragen
aus dem Arbeitszeitgesetz, der Kranken- und In-
validenversicherung und der Arbeitslosenversicherung.
Kamerad Weber mahnte zu besserem Versammlungs-
besuch. Die nächste Versammlung findet am 10. März
statt.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Eisen-Ruhr. Unsere Reichsvereinigung hielt am
11. Februar in der Kruppischen Bierhalle, Altdorfer
Straße, ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vor-
sitzende, Kollege Behr, gab folgenden Jahres-
bericht: Es wurden im verflochtenen Jahre 12 Vor-
standsversammlungen, eine Jahreshauptversammlung und elf
Monatsversammlungen, sowie zwei Festauschus-
sitzungen und eine Weihnachtsfeier abgehalten. Der
Versammlungsbesuch muß mäßig genannt werden, da
durchschnittlich nur 40 Prozent der Mitglieder an-
wesend waren. Die Zahl der Mitglieder ist von 70 auf
88 gestiegen. Folgende Vorträge wurden gehalten:
Die allgemeine wirtschaftliche Lage, das Arbeitszeit-
gesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, der Eisenbahnbau,
die Erwerbslosenfürsorge, die Angehörtenversicherung,
das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-
versicherung, die Jugendbewegung innerhalb der
christlichen Gewerkschaften, soziale Zahlen. Mit dem
Deutschen Lehrerverband war eine Arbeitsgemein-
schaft für die Wahl des Ausschusses zur Angehörten-
versicherung abgeschlossen worden. Unsere Kollegen

haben sich sehr gut an der Wahl und an der Agitation
beteiligt. Es wurden folgende Kollegen in den neuen
Vorstand gewählt: 1. Vors. Jakob Behr, Obstr. 50,
2. Vors. August Reider, 1. Schriftführer Ferdinand
Födel, 2. Schriftführer Josef Luth, Kassierer Georg
Boland, Hoher Weg 19, Beisitzer August Heidenreich
und Wilhelm Müller. Als Delegierte in das Orts-
kartell wurden die beiden Vorsitzenden bestimmt. In
den Verwaltungsstellenauschuss wurde der Vorsitzende
delegiert. In die Krankenbesuchskommission wurden
die Kollegen Jakob Behr und Heinrich Westermund ge-
wählt. Den Bericht über das letzte Weihnachtsfest gab
der Kassierer, Kollege Boland. Die Kosten betrugen
81,15 Mark. Dem Kollegen Steinisch wurde besonders
für seine Arbeit gedankt. Es wurde beschlossen, die
Auslagen für Agitation aus unserer Kasse zu ver-
güten. Den Kollegen ist von jeher ab in jeder Ver-
sammlung Gelegenheit gegeben, die Beiträge zu
zahlen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit
der Mahnung, in diesem Jahre mehr als bisher unsere
gewerkschaftliche Pflicht zu tun, dann dürfte der Erfolg
nicht ausbleiben. G. B.

Jugendbewegung

Gelsenkirchen. Am 28. Januar veranstaltete die
Jugendgruppe einen Unterhaltungsabend, zu welchem
die Jugend sowie deren Eltern eingeladen waren.
Nach einem gemeinsamen Lied, dem das Gedicht „Wach-
ruf an die Jugend“ von Kessing, von einem jugend-
lichen Kollegen vorgetragen, folgte, eröffnete der Ju-
gendleiter, Kollege Hermann Guck, den Abend, in-
dem er auf die Wichtigkeit der Jugend für den Ver-
band sowie auf die guten Einflüsse der Gewerkschafts-
tätigkeit auf die Jugend in geistiger und seelischer
Beziehung hinwies. Nunmehr sprach der Kollege
Seuninger über Zweck und Ziele der Jugend-
organisation. Seine guten und klaren Ausführungen
fanden warmherzigen Beifall. Nach dem Vortrag
folgten das Gedicht „Jugend heraus!“ von Kessing,
sowie die Rezitation „Der Heidenrabe“ von Friedrich
Hebel. Gemeinsam gesungene Lieder schlossen sich
an. Auch fand eine Verlosung statt, in welcher lauter
nützliche Sachen zu gewinnen waren. Vor allem
wurden gewerkschaftliche Broschüren gewonnen. Nach-
dem noch einige humoristische Rezitationen zu Gehör
gebracht worden waren, die sehr viel Beifall und
Heiterkeit auslösten, wurde der genutzreiche Abend
nach einigen ermahnenden Worten des Vorsitzenden
der Verwaltungsstelle, Kollegen Heussler, sowie des
Vorsitzenden der Ortsgruppe, Kollegen Krichof,
vom Jugendleiter um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Berlin

Am Freitag, den 21. Februar d. J., abends 8 Uhr,
findet im Saal Nowotnik, Berlin D., Lange Str. 30,
unsere diesjährige Generalversammlung statt,
wazu die Kollegen sämtlicher Berufsgruppen unbed-
ingt erscheinen müssen.

Die Ortsverwaltung

i. H.: Josef Christoph, 1. Vorsitzender.

Sterbetafel

Am 31. Dezember 1927 starb unser treues
Mitglied Leo Weismüller aus Kleinlüber in-
folge einer Operation.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 1. Februar starb der Kollege Julius
Zimmermann (Maurer) nach langjähriger
Krankheit an Arterienverkalkung.

Verwaltungsstelle Bischoffstein (Ostpr.).

Am 3. Februar starb unser treues Mitglied
Josef Kaufmann aus Großbardorf im Alter
von 56 Jahren.

Verwaltungsstelle Würzburg.

Ehre ihrem Andenken!

Garantie-Maurerwerkzeuge

Original „Wanderlust“

Echt Teaholz-Wassertwagen mit Messingbeschlag, garantiert
genau, alle Sorten Qualitäts-
fellen aus einem Stück geschmiedet,
Stätter, Hämmer, Zolldö-
Blattenlegerwerkzeuge usw. kau-
fen Sie noch zu äußerster Winter-
preisen aus erster Hand bei



Nutzen Sie Ihren Vorteil aus
und verlangen Sie portofreie Liste.
Zum Versand kommt nur angelegte
Qualitätsware, sonst meine Gewer-
marke bürgt. Vertreter für die Pfalz
Kollege J. Zeis, Linden bei Land-
stuhl. Weitere Vertreter gegen Provi-
sion gerucht.

**Rudolf Kasch,
Kemscheid,
Wilhelmstraße 34.**